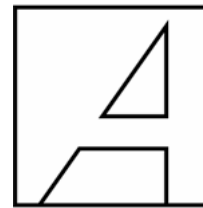




MKAS - Newsletter



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

50 Jahre Kompetenz weltweit

Skopje, 03. Juli 2006

Mazedonien im Juni 2006

Mazedonien steckt mitten im Wahlkampf

Kandidatenlisten vorgestellt

OSZE beobachtet Wahlen in Mazedonien

Gewalttätige Auseinandersetzungen im Wahlkampf - Sind freie und faire Wahlen gefährdet?

Kurznachrichten

Mazedonier erhalten neue Ausweise nach EU-Standards

Wirtschaftsminister Michael Glos reiste nach Mazedonien



Mazedonien steckt mitten im Wahlkampf

Kandidatenlisten vorgestellt

Das Staatliche Wahlkomitee (DIK) verkündete Anfang Juni 2006, dass für die Parlamentswahlen am 5. Juli 2006 in Mazedonien 33 Kandidatenlisten vorgelegt wurden.

25 politische Parteien, sechs Koalitionen und zwei unabhängige Gruppen stellten Kandidatenlisten auf. Bei den Parlamentswahlen vor vier Jahren waren es 26 Parteien, sieben Koalitionen und fünf Bürgervereinigungen. 2.620 Kandidaten werden am 5. Juli um die 120 Parlamentssitze kämpfen. Auf einen Parlamentssitz kommen somit 21 potentielle Kandidaten. Im Jahr 2002 waren es im Vergleich 3.060 Kandidaten, d.h. 25,5 Kandidaten pro Parlamentssitz.



Laut DIK-Sprecher Zoran Taneski mussten in den Wochen bis zum offiziellen Wahlkampf – dieser dauert vom 15. Juni bis zum 3. Juli 2006 - die Listen auf Gültigkeit geprüft und bestätigt werden. Die Regeln für die Nominierung der Kandidaten sind dieses Mal verschärft worden. Es wurde keine Liste angenommen, bevor nicht von der Polizei die einzelnen Kandidaten hinsichtlich einer möglichen Verurteilung überprüft wurden. Dennoch befinden sich z. B. bei der albanischen DPA (Demokratische Partei der Albaner) Kandidaten auf den Listen, die wegen Terrorismus vor Gericht stehen, jedoch noch nicht verurteilt sind. Unregelmäßigkeiten auf einzelnen Listen durften innerhalb einer Frist von 48 Stunden beseitigt werden. Auch auf die Einhaltung der Frauenquote musste hingewiesen werden. Auf einer Liste von 20 Kandidaten müssen mindestens sechs weibliche Kandidaten sein. Verwundern mag auch die hohe Anzahl der Wahlberechtigten in Mazedonien. So sind von den rund zwei Millionen Staatsbürgern mehr als 1,7 Millionen wahlberechtigt. Obwohl das Innenministerium das Wählerverzeichnis auf Verstorbene oder nicht mehr im Land Lebende geprüft hat, erscheint die Zahl als sehr hoch.

OSZE beobachtet Wahlen in Mazedonien



Die OSZE (ODIHR) beobachtet die Wahlvorbereitungen wie auch den Wahltag. Hierzu sind insgesamt 268 Kurzzeitwahlbeobachter (STO) und 13 Wahlexperten eingesetzt. 18 Langzeitbeobachter sind bereits im Lande und bereiten den einwöchigen Aufenthalt der STO vor. Sie verfolgen unter anderem die Registrierung der Kandidaten, arbeiten mit allen Wahlorganen auf den verschiedenen Ebenen zusammen und



beobachten die Wahlkampagnen sowie die Berichterstattung der Medien über die Kampagnen. Am Wahltag selbst werden die STO die Stimmabgabe und die Auszählung der Wahlunterlagen beobachten. Nicht nur OSZE-Wahlbeobachter, sondern auch Beobachter aus den in Skopje ansässigen Botschaften sowie EU-Wahlbeobachter werden ein wachsames Auge auf die Wahlen in Mazedonien haben, die als Test für die demokratische Kultur in Mazedonien gelten. Für Mazedonien hängt viel davon ab, da vor allem die EU und NATO faire, freie und demokratische Wahlen als Voraussetzung für den weiteren Integrationsprozess fordern.

Gewalttätige Auseinandersetzungen im Wahlkampf - Sind freie, friedliche und faire Wahlen gefährdet?

Anfang Juni 2006 hat das Parlament härtere Strafen für die Behinderung des Wahlprozesses angekündigt. Das neue Strafgesetz sieht vor, dass jeder, der Drohungen oder Gewalt vor und während der Wahlen ausübt, mit sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden kann. Wer Waffen, Explosivstoffe oder ähnliches verwendet wird mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bestraft.



Trotz der Androhung gab es in den letzten Tagen gewaltsame Auseinandersetzungen. Seit dem 15. Juni 2006 waren 12 Zwischenfälle zu verzeichnen. Die Wahlquartiere der DPA und der DUI (Demokratische Union für Integration) im Stadtteil Saraj (Skopje) wurden verwüstet. Am 18. Juni wurden rund 30 Schüsse auf das lokale Wahlbüro der DUI in Tetovo abgegeben. In Struga und Gostivar wurden Sprengsätze und Handgranaten innerhalb und außerhalb der Büros der DUI gezündet, die glücklicherweise niemanden verletzten. Am 22. Juni kam es vor dem Einkaufszentrum „Ramstore“ in Skopje zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen rund 100 Anhängern der SDSM (Sozialdemokratische Union Mazedoniens) und der 'christlich-demokratischen' VMRO-DPMNE. Auslöser war der Kampf um die besten Flächen zum Anbringen von Wahlplakaten. Obwohl sogar Schüsse fielen, wurde niemand, außer durch Handgreiflichkeiten, verletzt. Die Polizei nahm die Ermittlungen zwar auf, jedoch weigerte sich das Innenministerium Ermittlungsergebnisse bekannt zu geben. Mit einem Video einer Überwachungskamera des Einkaufszentrums hätte angeblich bewiesen werden können, dass die SDSM Aktivisten den Zwischenfall anfangen, allerdings konnte das Video nicht mehr aufgefunden werden. In der gleichen Nacht wurde der ehemalige Finanzchef der DUI in Tetovo durch drei Schüsse lebensgefährlich verletzt. Hierbei geht man aber eher von einer offenen Rechnung innerhalb der DUI aus, als von einem Anschlag auf einen politischen Gegner.

Am 24. Juni kam es zu einer bewaffneten Auseinandersetzung während einer Wahlveranstaltung der DPA in Rašče, einem Dorf am Stadtrand von Skopje. Nach Aussage des stellvertretenden Vorsitzenden der DPA Menduh Thaci kam es zu einer Schlägerei zwischen DPA-Anhängern und „DUI-





Gangs“. Ein junger Mann wurde durch eine Kugel am Bein verletzt. DPA Anhänger konnten ihren Gegnern eine Kalaschnikow, drei Handgranaten, zwei Pistolen sowie ein Mobiltelefon abnehmen. Auf einer Pressekonferenz stellte die DPA die Gegenstände vor und behauptete, dass die Waffen aus Polizeibeständen seien. Außerdem habe man auf dem Mobiltelefon Nummern von Angehörigen der sogenannten „ALPHA“ Spezialeinheit gefunden. Das Innenministerium bestätigte, dass es sich um Ausrüstung der Polizei handelt und erklärte, dass die Waffen und Ausrüstung einem Polizisten, der dienstfrei hatte, gewaltsam entwendet wurden. Die Darstellung erscheint wenig glaubhaft, da die Schutzpolizei im täglichen Dienst keine automatischen Schnellfeuerwaffen oder gar Handgranaten mit sich führt. Vielmehr könnte es den Tatsachen entsprechen, dass Polizisten, die der DUI nahe stehen, die Waffen Anhängern der DUI „ausgeliehen“ haben.

Diese Zwischenfälle geben Anlass zur Besorgnis, inwieweit die Aussichten des EU-Beitritts Mazedoniens gefährdet sind. Dies war auch Thematik des gemeinsamen Treffens des mazedonischen Premierminister Bučkovski mit dem NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer am 12. Juni in Skopje. Das weitere Vorgehen bei den Parlamentswahlen sei der wichtigste Test für die Republik Mazedonien und für deren euroatlantische Aussichten. In den letzten Tagen brachte auch die US-Botschafterin für Mazedonien Gillian Milovanović bei einem Telefonat mit Premierminister Bučkovski zum Ausdruck, dass die erste „deadline“ für das Ende der Zwischenfälle abgelaufen sei. Falls auch in der zweiten Hälfte der Wahlkampagnen gewalttätige Übergriffe stattfinden, kann das mit Konsequenzen für den EU- und NATO-Beitritt Mazedoniens verbunden sein. Erstaunlich dabei war, dass die US- Botschafterin, die auch mit den anderen Parteivorsitzenden Gruevski, Xhaferi und Ahmeti sprach, den EU-Beitritt in Frage stellte. Dass die USA bei der EU-Integration eigentlich kein Mitspracherecht habe, ist anscheinend in Skopje niemanden aufgefallen. Seit dem 25. Juni gab es in Mazedonien keine weiteren Vorfälle, der Wahlkampf verlief ruhig und gelassen. Alle Parteien riefen nochmals ihre Anhänger zur Besonnenheit auf.



Möglicherweise haben diese Zwischenfälle auch die Stimmungslage in der Bevölkerung verändert. Nach der neuesten Telefonumfrage des „Institute of Democracy“ sind inzwischen mehr als 50 % der Bevölkerung Mazedoniens noch unentschlossen, ob sie denn überhaupt zur Wahl gehen wollen. Die Politikverdrossenheit könnte sich zu einem ernsten Problem entwickeln. Eine geringe Wahlbeteiligung unter 50% könnte einige Parteien, die schlecht abschneiden, dazu bringen, die Ergebnisse generell in Frage zu stellen.



Kurznachrichten

Mazedonier erhalten neue Ausweise nach EU-Standard

Rote Ausweispapiere für Bürger, blaue für Diplomaten und grüne für Amtspersonen.

In diesen Farben sollen die ersten Reisepässe und Personalausweise bereits dieses Jahr an die mazedonischen Bürger ausgegeben werden. Innerhalb der nächsten fünf Jahre können die Bürger ihre alten Ausweispapiere gegen eine Gebühr von rund 50 Euro umtauschen. Die neuen Personalausweise und Führerscheine sind in Kreditkartenform gestaltet. Sie werden auf Wunsch zweisprachig ausgestellt und erfüllen die vorgeschriebenen EU-Standards.

Entwickelt wurden diese Dokumente von einem Expertenteam der Münchner Firma Giesecke & Devrient (G&D) in Zusammenarbeit mit dem mazedonischen Innenministerium. Die Ausweispapiere sind mit biometrischen Daten auf Chips ausgestattet. Sie enthalten sichtbare wie auch unsichtbare Elemente. Auf heftige Kritik stieß die Verwendung des Staatswappens auf den Pässen, da es sich immer noch um das alte Wappen der Sozialistischen Republik Mazedonien mit einem roten Stern handelt. Bei den Pässen der letzten Jahre hatte man auf ein Wappen auf dem Umschlag verzichtet, da man sich über ein neues noch nicht einigen konnte.



Wirtschaftsminister Michael Glos reiste nach Mazedonien

Mitte Juni 2006 kam Deutschlands Wirtschaftsminister Michael Glos mit einer Delegation von Siemens zu einem zweitägigen Mazedonienbesuch. Während des Aufenthaltes unterzeichnete Johann Feldmayer, Vorstandsmitglied bei Siemens, mit dem mazedonischen Wirtschaftsminister Fatmir Besimi eine Absichtserklärung, welche die Kontinuität der wirtschaftlichen Kooperationen zwischen Siemens, EMO Ohrid (Electrical Industry & Engineering) und der mazedonischen Regierung bekräftigt.



Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Außenstelle Skopje

Zusammengestellt:
Denise Rausch

Verantwortlich:
Ulrich Kleppmann

03.07.2006